Nushası 5 Kruştur

ABONE
(Posta ücreti dahil olmak üzre)

	DAHİL İÇİN	HARİÇ İÇİN
Aylık	Türk lirası 1.50	R.M. 5.—
Üç aylık	„ „ 4.25	„ 13.—
Altı aylık	„ „ 8.—	„ 25.—
Bir senelik	„ „ 15.—	„ 50.—

yahut mukabili.

Haftada 6 defa çıkar.

Idarehane:
Tekke Caddesi No. 585 ve 587.
Telgraf adresi: Türkpost.
Telefon: 44.606.
Posta Kutusu: İstanbul 1269.

Türkische Post

Preis der Einzelnummer: 5 Kruş

BEZUGSPREISE

	Inland	Ausland
für 1 Monat	T. Pfd. 1.50	R.M. 5.—
„ 3 Monate	„ 4.25	„ 13.—
„ 6 Monate	„ 8.—	„ 25.—
„ 12 Monate	„ 15.—	„ 50.—

oder Gegenwert

Erscheint wöchentlich 6 mal.

Geschäftsleitung:
Tekke-Caddesi Nr. 585-587.
Drahtanschr.: Türkpost
Fernsprecher 44.606.
Postfach: Istanbul 1269.

8. Jahrgang Nr. 274 — Tageszeitung für den Nahen Osten — Istanbul, Mittwoch, 22. Nov. 1933

Empfang bei Hindenberg

Berlin, 21. November.

Der Reichspräsident empfing heute den neuernannten deutschen Gesandten in Buenos Aires, Frhrn. v. Kermann.

Dr. Schacht

über die Bankpolitik

Berlin, 21. Nov. (A.A.n.WTB.)

Die erste Sitzung des Untersuchungsausschusses für die deutschen Banken wurde gestern mit einer Rede desReichsbankpräsidenten Dr. Schacht in Berlin eröffnet.

Der Redner bestand auf der Notwendigkeit, die gesetzmäßigen und sittlichen Grundlagen für Schuldner und Gläubiger wiederherzustellen und fügte hinzu, daß der Ausschuß sich zunächst mit dem Problem der Privatbanken zu befassen haben werde.

Man sprach gleichfalls von der Notwendigkeit, die Banken zu verstaatlichen, um die durch die Herrschaft der Privatbanken begangenen Fehler wieder gutzumachen. Aus diesem Grunde dürften die Untersuchungen über eine allgemeine Verstaatlichung der Banken in erster Linie begonnen werden.

Goering leicht erkrankt

Berlin, 21. Nov. (A.A.)

Der preußische Ministerpräsident Goering leidet zur Zeit an einer Kiefer- und Zahnerkrankung und ist genötigt, seine Arbeit auf einige Tage zu unterbrechen.

Unerwünschte Ausländer in aller Welt

Mexico City, 21. Nov.

Die Einwanderung unerwünschter Ausländer nach Mexico erregt die öffentliche Aufmerksamkeit des Landes.

Der mexikanische Ausschuß für Rassenschutz hat mit einer großen Versammlung den Kampf gegen die in der letzten Zeit aus Deutschland eingewanderten Juden aufgenommen, die den Mexikanern Brot und Arbeitsmöglichkeiten nehmen.

Die Versammlung forderte, daß die unerwünschten Ausländer ausgewiesen werden, verlangt aber andererseits Schutz für arbeitsame und aus bevölkerungspolitischen Gründen erwünschte Einwanderer.

•

Belgrad, 21. Nov.

Der Senator M. Maistorovitsch forderte in einer der letzten Senatssitzungen die Rücknahme der Niederlassungserlaubnis, die 360 aus Deutschland eingewanderten jüdischen Familien gegeben wurde.

Litwinoff besucht Italien

Washington, 21. November.

Der russische Außenminister Litwinoff wird, wie aus Washington gemeldet wird, vor seiner Rückreise nach Moskau noch einen Besuch in der italienischen Hauptstadt machen.

Litwinoff wird die Ueberfahrt nach Europa auf einem italienischen Dampfer machen.

Deutschlands Einstellung zur russisch-amerikanischen Annäherung

Berlin, 21. Nov. (A.A.)

Die „Deutsche Diplomatisch-Politische Korrespondenz schreibt zu der Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen Amerika und Rußland unter anderem:

„Seit dem deutschen Vorgehen in Rapallo wurde die Wiedereingliederung Rußlands in die Weltwirtschaft nach und nach von allen bedeutenden Ländern gewünscht und als notwendig erkannt. Deutschland begrüßt lebhaft die restlose Eingliederung Rußlands in die Weltpolitik, weil sie die unerläßliche Voraussetzung für die Herstellung normaler internationaler Beziehungen ist. Uebrigens hat Deutschland darin ein gutes Beispiel gegeben.

Mit der Anerkennung durch die Vereinigten Staaten hat die Sowjetregierung einen neuen Erfolg auf außenpolitischem Gebiete davongetragen.

Hinsichtlich der Entwicklung der Dinge im Fernen Osten bedeutet die Wiederherstellung des vertragsmäßigen Zustandes zwischen den beiden größten Anrainern des Stillen Ozeans ebenfalls ein bedeutendes Ereignis, dessenAuswirkungen jedoch hauptsächlich von Japans Haltung abhängen."

Heute

beginnen wir mit dem Tatsachenbericht

Erschossen in Braunau

von Hermann Thimmermann.

Braunau, die Geburtsstadt Adolf Hitlers, war der Schauplatz des letzten Aktes der Tragödie des heldenhaften Nürnberger Buchhändlers Johann Philipp Palm, der dort auf Befehl Napoleons hingestreckt wurde, weil er den Verfasser der von ihm verlegten Kampfschrift „Deutschland in seiner tiefen Erniedrigung" nicht preisgab. Dieses Schicksal ist auf eine unerhört packende Art erzählt.

•

Unser soeben veröffentlichter Roman „Sonderbare Reise zum Chef" von Frank Heller ist im Verlage von Knorr & Hirth G. m. b. H., München, in Buchform erschienen und kann in jeder Buchhandlung bezogen werden.

Heimwehr und Landbund

Wien, 21. Nov. (A.A.)

Der Streit zwischen dem Fürsten Starhemberg und dem früheren Vizekanzler Winkler d. h. zwischen den Heimwehren und dem Landbund hat sich infolge einer Kundgebung der Heimwehren in Gegenwart des italienischen Konsuls verschärft. Starhemberg erklärte, er sei zu der Feststellung ermächtigt, daß zwischen Dollfuß und Winkler, dem Führer der demokratischen Bewegung, die sich „Einheitsfront" nennt, keine politische Verbindung besteht.

Tewfik Rüschdi Bej

vor der Abreise

Außenminister Dr. Tewfik Rüschdi Bej wird am morgigen Donnerstag nach dem Piräus abreisen.Nach einem kurzen Aufenthalt in Athen wird Tewfik Rüschdi Bej dann — wie gemeldet — nach Belgrad weiterreisen.

Auch der Generalsekretär der Volkspartei, Redschep Bej wird morgen vormittag gemeinsam mit dem Außenminister Tewfik Rüschdi Bej nach dem Piräus abreisen.

Athen, 21. Nov. (A.A.)

Die Zeitungen berichten, daß der türkische Außenminister Dr. Tewfik Rüschdi Bej auf seiner Fahrt nach Belgrad in Athen Aufenthalt nehmen und mit der griechischen Regierung Besprechungen über Fragen führen wird, die die beiden Länder angehen.

Tewfik Rüschdi wird hier für Freitag erwartet. Die griechischen Blätter teilen über den bevorstehenden Besuch des türkischen Außenministers in Athen mit, daß dieser Besuch mit dem von Titulescu angeregten Viermächte-Pakt in Zusammenhang stehe, der zwischen Griechenland, der Türkei, Rumänien und Jugoslawien abgeschlossen werden soll.

v. Rosenberg

in Stambul erwartet

Der neue deutsche Botschafter in Ankara, v. Rosenberg, wird, wie wir vom deutschenGeneralkonsulat erfahren, mit seiner Familie auf der Durchreise nach Ankara am Freitag, den 1. Dezember, morgens in Stambul eintreffen.

Ismet Pascha

besichtigt Stambuler Textilfabriken

in Begleitung des Wirtschaftsministers

Ministerpräsident Ismet Pascha fuhr gestern vormittag in Begleitung des Wirtschaftsministers Dschelal Bej und des Generaldirektors der Sumer-Bank, Nurullah Essat Bej, nach Bakirköj, wo die Baumwolltuchfabrik der Sumer-Bank besichtigt wurde. Der Direktor der Fabrik, Fasli Bej gab dem Ministerpräsidenten ausführliche Erklärungen über die Fabrik, die nunmehr wesentlich vergrößert werden wird.

Während der Unterredung in der Fabrik wies der Ministerpräsident auf den Umfang des Bedarfes des türkischen Marktes an Baumwollstoffen hin und hob die Notwendigkeit geeigneter Maßnahmen hervor, um dieser Industrie eine schnelle Entwicklung zu ermöglichen.

•

Nachdem Ismet Pascha entsprechende Weisungen über die Aufnahme eingehender Untersuchungen zur Klärung einiger Fragen des Aufbaues der heimischen Textilindustrie gegeben hatte, fuhr er gegen 11 Uhr vormittags mit seinem Gefolge nach Defterdar am Goldenen Horn, wo die großen Anlagen der Tuchfabrik Feshane besichtigt wurden. Hier zeigte der Ministerpräsident besonders großes Interesse an der Lage der Arbeiterschaft und erkundigte sich nach der Höhe ihrer Entlohnung sowie nach der Arbeitszeit und den Vergünstigungen für die Arbeiter.

Ismet Pascha ließ sich dann Aufklärungen über die Anlagen geben und fragte, ob Möglichkeiten bestünden, um die Landbevölkerung und auch die Städter mit einem einheitlich hergestellten billigen Stoff, der aber sehr haltbar sein müsse, zu beliefern.

•

Nach der Besichtigung der beiden Fabriken erklärte Ismet Pascha über seine Eindrücke gefragt, daß man noch weit davon entfernt sei, den eigenen Bedarf voll im Inlande zu decken, und daß man weit mehr Anlagen errichten werde, als dies bisher geschehen sei.

Das, was er über die bisherigen Leistungen gesehen habe, sporne immer wieder zu neuen Maßnahmen an, es sei sehr ermutigend und er habe die denkbar günstigsten Eindrücke gesammelt.

•

Ismet Pascha nahm das Mittagessen gemeinsam mit Tewfik Rüschdi im Hotel Tokatlian ein und begab sich dann zusammen mit dem Außenminister zum Hotel Pera Palast und suchte den dort krank liegenden Justizminister Sarradschoglu Schükrü Bej auf.

Rückreise nach Ankara

Dann fuhr Ismet Pascha mit dem um 5.20 Uhr nach Haidarpascha abfahrenden Fährdampfer des „Akay" nach Haidarpascha und verließ in einem dem fahrplanmäßigen Ankaraer Schnellzug angehängten Sonderwagen Stambul.

Deutsch-polnische Aussprache

Man schreibt uns aus Berlin:

Der Antrittsbesuch des neuen polnischen Gesandten beim Reichskanzler hat die Gelegenheit zu einer deutsch-polnischen Aussprache geboten, die ein wichtiges Ereignis in den Beziehungen der beiden Länder und in der internationalen Politik überhaupt bildet. Es ergab sich, wie die amtliche Verlautbarung feststellt, volle Uebereinstimmung beider Regierungen in der Absicht, die die beiden Länder berührenden Fragen auf dem Wege unmittelbarer Verhandlungen in Angriff zu nehmen und ferner zur Festigung des Friedens in Europa in ihrem Verhältnis zueinander auf jede Anwendung von Gewalt zu verzichten. Diese knappe Mitteilung, in der jedes Wort seine weittragende Bedeutung hat, unterscheidet sich schon äußerlich wohltuend von der Phraseologie einer früheren Zeit, die mit größtem stilistischem Aufwand meist sehr wenig Positives zu sagen hatte. Inhaltlich setzt die Mitteilung die Linie fort, die am 3. Mai ds. Js. in einer Unterredung zwischen dem deutschen Reichskanzler und dem Vorgänger des jetzigen polnischen Gesandten sowie in einer gleichzeitigen Unterredung zwischen dem polnischen Außenminister und dem deutschen Gesandten in Warschau festgelegt worden ist. Damals wurden — in einer sehr gespannten Lage — die Grundlagen für die Verbesserung der deutsch-polnischen Beziehungen gelegt, indem durch übereinstimmende Erklärungen die feste Absicht der deutschen und der polnischen Regierung nach leidenschaftsloser Ueberprüfung und Behandlung der beiderseitigen Interessen betont wurde. Seitdem haben sich in der großen Politik manche Entwicklungen vollzogen. Der Zusammenbruch der Abrüstungstagung und die Krise des Völkerbundes haben der deutschen Politik die Trennung von diesen unergiebigen Methoden der internationalen Zusammenarbeit aufgezwungen und die Methode der unmittelbaren Aussprache und Vereinbarung von Regierung zu Regierung wieder in ihre Rechte eintreten lassen. Es ist erfreulich, daß in Warschau der gleiche Wunsch nach Fortsetzung des unmittelbaren Gedankenaustausches bestand und von dort auch die Anregung zu der Aussprache, die dieser Tage stattfand, ausgegangen ist. Man hat auf polnischer Seite offenbar noch den Ausgang der deutschen Wahlen abwarten wollen und hat nach dieser einmütigen Ratifizierung des Friedensprogrammes der deutschen Regierung den Zeitpunkt für gekommen erachtet, um einen neuen Abschnitt der Beziehungen zu Deutschland einzuleiten.

Im Gegensatz zu der mißtrauischen, zögernden Haltung anderer Länder hat Polen nun den erfreulichen Schritt getan. „Die die beiden Länder berührenden Fragen" umschreiben ein überaus großes Arbeitsgebiet, dessen Bewältigung auf beiden Seiten viel guten Willen und große Verständigungsbereitschaft voraussetzt. Die Reibungsflächen zwischen Deutschland und Polen sind so groß und zahlreich wie kaum in einem anderen internationalen Verhältnis. Zu den Schwierigkeiten in den Wirtschaftsverhandlungen kam ein beträchtliches Wiederaufleben der deutschfeindlichen Maßnahmen in Ostoberschlesien auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet. Es liegt auf der Hand, daß die sachlichen Fragen durch derartige Zwischenfälle eine bedauerliche Erschwerung erfahren.

So wichtig der Inhalt der bisherigen Verlautbarungen über die deutsch-polnische Aussprache ist, so sehr kommt es doch auf den Geist an, der dieses Ergebnis herbeigeführt hat und für die Zukunft allein fruchtbare Auswirkungen verspricht. Er berechtigt zu der Hoffnung, daß die Entspannung der politischen Beziehungen auch eine solche der öffentlichen Meinung zur Folge haben wird, wie sie für ein gedeihliches Zusammenleben auf die Dauer unerläßlich ist.

In einer Erklärung, die diesen positiven, zielklaren Geist erkennen läßt, hat der polnische Außenminister Beck das Ergebnis der Berliner Aussprache gewürdigt. Oberst Beck ist in der diplo-

Aufstand in China

Schanghai, 21. Nov. (A.A.n.Reuter)

Nach amtlichen Meldungen aus Futschu haben Aufständische die Provinz Fukien für unabhängig erklärt und eine „revolutionäre chinesische Bundesregierung" ausgerufen, die unter der Herrschaft des Generals Tsaitinkai steht, der die 19. Armee befehligt und sich bei der Verteidigung Schanghais gegen die Japaner auszeichnete.

Die Aufständischen entwaffneten schon im Jahre 1932 zwei Bataillone Marineinfanterie beiAmoy und besetzten die Telegrafenstation von Futschu.

Das Programm der Aufständischen umfaßt die handelspolitische Selbständigkeit Chinas, die Abschaffung solcher Verträge mit den Mächten, die nicht auf dem Boden der Gleichberechtigung abgeschlossen sind, das Streikrecht, die Religionsfreiheit, Staatsmonopol für Grund und Boden,Forsten und Bergwerke, sowie Widerstand gegen die Japaner.

Die Witwe Sunjatsens erklärte in Futschu den Kriegszustand.

Die in Nangking und Schanghai erscheinenden Zeitungen bedauern diese Entwicklung, von der sie meinen, daß sie den nationalen Interessen schwer schade, und fürchten ein Einschreiten der Japaner.

•

Nach telegrafischen Meldungen aus Tokio teilte der japanische Außenminister dem japanischen Generalkonsul in Futschu mit, daß Japan keineswegs einzugreifen beabsichtige, es sei denn, daß der Aufstand einen japanfeindlichen Charakter annimmt und Leben und Besitztum der japanischen Staatsangehörigen in der Provinz bedroht werden.

•

Die Provinz Fukien, die der Insel Formosa gegenüber liegt, wurde im chinesisch-japanischen Vertrag von 1895 für unveräußerliches chinesische Gebiet erklärt.

•

Hongkong, 21. Nov. (A.A.)

Aus starken Truppenbewegungen an der Grenze von Fukien scheint hervorzugehen, daß ein Krieg zwischen Fukien und Nanking unvermeidlich ist. Die Regierung in Nanking erklärt, sie wolle außerordentlich strenge Maßnahmen treffen, um die revolutionäre Bewegung zu unterdrücken.

Anschlag in Tokio

Tokio, 21. Nov. (A.A.)

Auf den früheren japanischen Ministerpräsidenten und Führer der japanischen Abordnung auf der Londoner Seemächte-Tagung, Baron Wakatsuki, wurde heute vormittag ein Anschlag verübt, der jedoch mißlang. Der Täter sowie ein Helfer wurde verhaftet

Man führt den Anschlag auf die Unzufriedenheit eines Reaktionärs zurück, der die Bestimmungen desLondoner Seemächteabkommens für Japan abträglich hält.

Zwischenfall bei der Londoner Parlamentseröffnung

London, 21. Nov. (A.A.)

Der König eröffnete heute vormittag nach alter Sitte feierlich die dritte Sitzungsperiode des Parlaments.

In prunkvollem Umzuge begab sich der König vom Buckingham-Palast zur Westminster-Abtei. An der Spitze des Zuges schritt der „Royal Groom". Vor dem Wagen mit reichen goldenen Verzierungen, in dem der König in Feldmarschallsuniform und die Königin im Hermelinmantel Platz genommen hatten, ritt Garde zu Pferde. Zu beiden Seiten des Wagens schritt die Leibgarde. Hinter dem Wagen ritt wieder Garde zu Pferde, dann folgten die Wagen der Offiziere des königlichen Hauses. Vom Palast bis zum Parlament bildete Militär Spalier.

In dem Augenblick, als das Herrscherpaar unter dem Beifall der Menge vor dem Oberhaus eintraf, wurden von der Artillerie 41 Salutschüsse abgefeuert.

Als der König mit Krone und Königsmantel durch das Tor des Parlaments schritt, erhoben sich die Pairs und die hinter ihnen sitzenden Mitglieder des Unterhauses sowie die Diplomaten auf den Tribünen von ihren Plätzen, bis der König der Ueberlieferung gemäß vom Tron aus die Worte sprach: „Meine Lords, nehmen Sie bitte Platz".

Als der König nach seiner Rede das Oberhaus wieder verlassen wollte, ereignete sich ein peinlicher Zwischenfall. Entgegen der stets geachteten Sitte, daß bis nach dem Fortgang des Königs strengstes Stillschweigen zu herrschen hat, erhob sich ein der Arbeiterpartei angehöriger Abgeordneter des Unterhauses, Mac Govern, und rief dem König zu:

„Und der Mean's Test (Untersuchung über die Unterhaltsmittel der Arbeitslosen) und die Herabsetzung des Dole (Arbeitslosenunterstützung)?"

Dann warf der Abgeordnete einen scharfen Blick auf die glänzende Versammlung in Purpur- und Hermelinmänteln, mit Edelsteinen, auf die prunkenden Uniformen der Offiziere und Diplomaten sowie auf das reiche Schnitzwerk und den Schmuck an den Wänden und rief:

„Ist es nicht eine Schande, wo andere Leute Hungers sterben?"

Die Versammlung antwortete mit eisigem Schweigen, ohne von dem Vorfall Aufhebens zu machen.

Das Herrscherpaar blieb einen Augenblick stehen, verließ dann aber das Oberhaus, um sich wieder in den Palast zu begeben, während die Lords die Sitzung bis 15 Uhr unterbrachen.

Außenpolitische Aussprache

London, 21. Nov..

In der heutigen Unterhaussitzung kam es zu einer kurzen außenpolitischen Aussprache.

Der Abgeordnete Lansbury übte Kritik an der Außenpolitik der englischen Regierung, die er als ungeeignet bezeichnete, um den Frieden zu verwirklichen.

Macdonald kam in seiner Antwort auf die Abrüstung zu sprechen und teilte mit, daß der soeben aus Genf eingetroffene Außenminister Sir John Simon berichtet habe, daß dort keineswegs die Absicht bestehe, die Bemühungen um die Abrüstung mit einem Fehlschlag enden zu lassen.

Um in der letzten Zeit aufgetretenen Gerüchten über Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Kabinetts entgegenzutreten, betonte Macdonald, daß Sir John Simon als Vertreter der Gesamtregierung nach Genf gegangen sei.

Macdonald sprach ferner die Hoffnung aus,daß Deutschland an dem diplomatischen Meinungsaustausch teilnehmen werde. Selbstverständlich — so betonte Macdonald schließlich — werde in allen Fragen über die Abrüstung mit den Vereinigten Staaten zusammengearbeitet.

•

London, 21. November.

Der englische Außenminister Sir John Simon traf heute aus Genf in Paris ein und setzte ohne Aufenthalt mit einem Flugzeug die Fahrt nach London fort.

Verhandlungen ohne Deutschland zwecklos

Neue Schwierigkeiten in Genf

Genf, 21. Nov.

In Genf sind heute neue Schwierigkeiten aufgetaucht.

Paul-Boncour verlangte, ebenso wie der Hauptberichterstatter Dr. Benesch, daß die beiden in Genf noch tagenden Ausschüsse mit ihren Arbeiten in vollem Umfang auch für die Dauer der Vertagung des Hauptausschusses fortfahren.

Dieses Verlangen wurde jedoch von Henderson sowie vom englischen und italienischen Vertreter abgelehnt.

Der italienische Vertreter betonte dabei grundsätzlich, daß seine Regierung an der bereits einmal abgegebenen Erklärung festhalte, wonach alle weiteren Verhandlungen ohne Deutschland zwecklos seien.

Eine Einigung über diese Frage konnte bisher noch nicht erzielt werden.

Mussolini spricht

über die gewonnene „Getreideschlacht"

Rom, 21. Nov.

Auf der heutigen Tagung des ständigen internationalen Getreideausschusses in Rom hielt Mussolini eine längere Rede über die italienischen Landwirtschaftspolitik.

Der italienische Ministerpräsident verwies dabei auf die diesjährige italienische Getreideernte, die gegenüber dem Vorjahr um 6 Millionen auf 81 Millionen Doppelzentner gestiegen sei.

Damit sei der italienische Getreideverbrauch gedeckt, und die „Getreideschlacht" gewonnen.

Die griechische Amnestie

Athen, 21. Nov. (A.A.)

Die Verordnung, die die Begnadigung der Zivilpersonen enthält, die am Putsch des Generals Plastiras vom 6. März ds. Js. beteiligt waren, ist nunmehr veröffentlicht worden. Unter diese Amnestie fällt vor allem Weniselos, dagegen sind die beteiligten Militärpersonen, und zwar sowohl die aktiven als auch die beurlaubten oder im Ruhestande lebenden von der Begnadigung ausgeschlossen.

•

Athen, 20. November.

(Eigener Dienst der „T.P.")

Der Rücktritt des griechischen Kultusministers Turkowassilis erfolgte, weil der griechische Ministerpräsident Tsaldaris auf der Amnestie für Weniselos wegen der Vorgänge vom 6. März 1933 bestand, eine Amnestie, die die griechische freisinnige Partei, der der Kultusminister angehört, entschieden ablehnt. Die Verordnung wurde auch von den Ministern Theotokis, Rhallis und Sagias bisher nicht unterzeichnet. Theotokis hat, um der Unterzeichnung zu entgehen, eine Reise nach Korfu unternommen, während sein Vertreter die Verordnung unterschrieben hat.

•

Athen, 21 November (A.A.)

Die Oppositionsblätter veröffentlichen einen Aufsatz von Weniselos, in dem der frühere Ministerpräsident seine Begnadigung auf den Wunsch der Regierung zurückführt, zu verhindern, daß er, Weniselos, öffentlich den Beweis erbringt, daß er mit dem Putsch des Generals Plastiras nicht das Geringste zu tun hatte.

Weniselos erklärt zum Schlusse seines Aufsatzes, daß Tsaldaris unter dem Vorwand, die politische Ruhe wieder herzustellen, den Abgrund, der die beiden großen Parteien Griechenlands voneinander trennt, noch tiefer gegraben habe.